

Quelle: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - www.imi-online.de

IMI-Analyse 2022/02 (Update: 4.2.2022)

NATO-Aggression und Russlands Reaktion

Warum sich Russland betrogen und bedroht fühlt – und warum da einiges dran ist

Jürgen Wagner (24.01.2022)



Ob ein russischer Angriff auf die Ukraine tatsächlich vor der Tür steht, wie es diverse Akteure derzeit glauben machen wollen, lässt sich nur schwer beurteilen. Aktuell reduzieren jedenfalls die USA ihr Botschaftspersonal, haben eine Reisewarnung herausgegeben, Truppen in Alarmbereitschaft versetzt und aus US-Regierungskreisen heißt es, eine russische Invasion der Ukraine könne „jeden Moment stattfinden.“ Andererseits schreibt die FAZ unter Berufung auf deutsche Geheimdienstquellen: „Um es klar zu sagen: Bisher ist kein westlicher Geheimdienst zu dem Schluss gekommen, dass der russische Präsident einen Angriff auf die Ukraine schon befohlen hat – auch die amerikanischen Dienste nicht.“

Was sich aber sicher sagen lässt ist, dass die jüngste Eskalation von der NATO dazu benutzt wird, um genau die Maßnahmen weiter auszubauen, die Russland ohnehin bereits als eklatante Verletzung seiner Sicherheitsinteressen empfindet. Und was sich ebenfalls sagen lässt ist, dass viele der russischen Vorwürfe, die derzeit so empört als Hirngespinnste zurückgewiesen werden, alles andere als aus der Luft gegriffen sind. Man muss deshalb die militärische Drohkulisse, die Moskau an der ukrainischen Grenze und jetzt auch in Belarus errichtet hat, noch lange nicht gutheißen und kann dennoch verstehen, dass die Ursachen für die neuerliche Eskalation bei der NATO liegen.

Betrachtet man die am 17. Dezember 2021 präsentierten Vorschläge zur Entschärfung der Lage so wird deutlich, dass Russland vor allem drei Dinge umtreiben: Erstens die Sorge vor einer Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Osteuropa; zweitens die sukzessive Aufrüstung und Eingliederung weiterer osteuropäischer Staaten in die NATO, insbesondere der Ukraine; und drittens vor allem die dauerhafte, aber auch die temporär im Zuge immer häufigerer Manöver erfolgende Ansammlung massiver NATO-Truppenverbände an seinen Grenzen. Betrachtet man weiter die jüngsten Entwicklungen wird ebenfalls deutlich, dass diese Sorgen nur allzu berechtigt sind und zwar in allen drei Dimensionen. Dennoch treffen die russischen Bedenken aktuell nur bei wenigen westlichen Akteuren auf offene Ohren, die überwiegende Mehrheit ist leider weiter auf Krawall gebürstet, weshalb augenscheinlich auch ernsthaft darüber diskutiert wird, die Truppenpräsenz an der NATO-Ostflanke weiter zu erhöhen und sogar erstmals SoldatInnen dauerhaft im Südosten des Bündnisgebietes zu stationieren.

Ursünde NATO-Osterweiterung

Seit Jahren ist die NATO eifrig darum bemüht, die Aussage, Russland bzw. der Sowjetunion sei Anfang der 1990er zugesagt worden, es werde zu keiner Erweiterung der westlichen Militärallianz nach Osten kommen, als Falschmeldung zu diskreditieren. Auch die Medien, angefangen von Stefan Kornelius in der Süddeutschen Zeitung bis hin zu Michael Thumann in

der Zeit, wissen es ganz genau: die russische Sichtweise entbehre jeder vernünftigen Grundlage, so der Tenor.

Über diverse Winkelzüge versucht die NATO dem Problem beizukommen, dass sie mit der schlussendlich 1999 vollzogenen Osterweiterung schlicht wissentlich ihre einstigen Zusagen eklatant verletzt hat. Da wäre einmal die Behauptung, die (nicht nur) von US-Außenminister James Baker gemachte Versicherung, die NATO werde sich nicht nach Osten erweitern, habe sich lediglich auf das Gebiet der ehemaligen DDR bezogen, von anderen Ländern in Osteuropa sei nie die Rede gewesen. Der genaue Wortlaut des Gesprächs lässt eine solche Interpretation aber nur mit viel Phantasie zu, er ließ sich schon vor über zehn Jahren zum Beispiel in der Frankfurter Rundschau nachlesen: „Als US-Außenminister James Baker bei KP-Generalsekretär Michail Gorbatschow am 8. Februar 1990 um dessen Zustimmung für den Verbleib des wiedervereinigten Deutschlands in der Nato warb, versicherte Baker, es werde ‚keine Ausweitung der gegenwärtigen Nato-Jurisdiktion nach Osten geben‘. Gorbatschow setzte nach: ‚Jede Erweiterung der Zone der Nato ist unakzeptabel.‘ Bakers Antwort: ‚Ich stimme zu““.

Tatsächlich war es völlig klar, dass die gegenüber der Sowjetunion gemachten Zusagen sich auf jede Form einer NATO-Osterweiterung bezogen, wie unter anderem der damalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher seinem sowjetischen Amtskollegen Eduard Schewardnadse in einem Gespräch am 10. Februar 1990 klipp und klar versichert hatte. Aus der zugehörigen Aktennotiz zitierte unter anderem Spiegel Online: „BM (Bundesminister): Uns sei bewusst, dass die Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands zur Nato komplizierte Fragen aufwerfe. Für uns stehe aber fest: Die Nato werde sich nicht nach Osten ausdehnen.‘ Und da es in dem Gespräch vor allem um die DDR ging, fügte Genscher ausdrücklich hinzu: ‚Was im Übrigen die Nichtausdehnung der Nato anbetreffe, so gelte dieses ganz generell.““

Als weiteres Argument führt die NATO ins Feld, es habe nie eine formale Zusage der NATO existiert, insofern habe man sich mit den Erweiterungsrounden auch nichts zuschulden kommen lassen. Das ist zwar keine glatte Lüge, aber dennoch keineswegs wahr. Schließlich haben VertreterInnen nahezu aller großen NATO-Staaten Russland die besagte Garantie gegeben, wie sich in 2017 freigegebenen Dokumenten nachlesen lässt. Zu ihnen gehörten u.a. George Bush, Hans-Dietrich Genscher, Helmut Kohl, Robert Gates, Francois Mitterrand, Margaret Thatcher, John Major, Manfred Wörner und andere. Insofern war es zwar eine geopolitische Dummheit allerersten Ranges, sich diese Zusagen nicht in rechtlich bindender Form geben zu lassen, dass sie aber gemacht wurden und hätten eingehalten werden müssen, entspricht ebenso den Tatsachen. Augenscheinlich ging auch der sowjetische Generalsekretär Michael Gorbatschow von der Gültigkeit der westlichen Garantien aus: „Die Entscheidung der USA und ihrer Verbündeten, die NATO nach Osten auszudehnen, wurde 1993 letztlich gefällt. Ich habe das damals von Anfang an als großen Fehler bezeichnet. Es war definitiv eine Verletzung des Geistes der Statements und Versicherungen, die uns gegenüber 1990 gemacht wurden.“

Als letzter Pfeil im NATO-Köcher fungiert dann noch die Behauptung, die turbulente Zeit im Februar 1990 sei von vielen Missverständnissen geprägt gewesen, etwaige damals getätigte Aussagen ließen sich heute nicht mehr auf die Goldwaage legen. Allerdings zeigen 2018 freigegebene und beim „National Security Archive“ veröffentlichte Dokumente, dass auch mit Gorbatschows Nachfolger Boris Jelzin in Sachen NATO-Osterweiterung ein falsches Spiel getrieben wurde. Der Journalist Andreas Zumach schreibt dazu: „Aus den Dokumenten wird deutlich, wie Jelzin und seine Regierung von den damaligen US-Administrationen von George Bush und Bill Clinton im Unklaren gelassen oder gar vorsätzlich in die Irre geführt wurde über die damaligen Absichten mit Blick auf eine Erweiterung der NATO.“

Es ist also völlig nachvollziehbar, dass sich Russland hier betrogen fühlt, was sicherlich weit weniger problematisch wäre, würde es die NATO-Politik insbesondere in der letzten Zeit nicht als überaus bedrohlich empfinden.

Raketenstationierungen: Neue (Nach)rüstung

Wir erinnern uns: 2019 stiegen die USA mit lautem Getöse aus dem INF-Vertrag aus, der eine Stationierung landgestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500km und 5.500km bis zu diesem Zeitpunkt verbot. Als Begründung wurde angegeben, Russland habe den Vertrag bereits verletzt. Moskau bestritt die Vorwürfe und gab an, die infrage stehenden Marschflugkörper 9M729 (NATO-Codename SSC-8) hätten eine Reichweite unter 500km. Gleichzeitig bot es Vor-Ort-Inspektionen an, mit denen diese Frage hätte geklärt werden können. Stattdessen beharrten die USA und ihre Verbündeten aber auf ihren Anschuldigungen, kündigten den Vertrag auf und schlugen auch ein – bis heute – immer wieder von Russland angebotenes Moratorium für die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen barsch aus (siehe IMI-Analyse 2019/25).

Schon 2019 wurden Forderungen nach einer erneuten Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa laut und aktuell sieht alles danach aus, als würden die USA dies auch bald umsetzen – es liegt deshalb nahe, die Aufkündigung des INF-Vertrages als Resultat dieser Ambitionen und nicht als Ergebnis bis heute nicht sattelfest bewiesener russischer Vertragsverletzungen zu begreifen. Ein deutliches Zeichen für diese Bestrebungen war die am 8. November 2021 erfolgte Re-Aktivierung des 56. Artilleriekommandos mit Sitz im Wiesbadener Stadtteil Mainz-Kastel. Der Schritt hat einigen Symbolwert, schließlich war das Kommando bis zu seiner vorläufigen Auflösung 1993 für die Pershing-Raketen zuständig, die im Zuge der „Nachrüstung“ (oder treffender: „Aufrüstung“) in den 1980er Jahren stationiert wurden. Die heutige Aufgabe des Kommandos besteht darin, im Kriegsfall Raketeneinsätze der US-Streitkräfte und ihrer NATO-Verbündeten zu koordinieren. Das legt natürlich nahe, dass die US-Armee auch über die entsprechenden Waffen verfügen will, weshalb der Schritt nur in Verbindung mit der nahezu gleichzeitigen Aktivierung der ebenfalls in Wiesbaden ansässigen „Multi-Domain Task Force“ (MDTF) Sinn macht. Denn geplant ist es diesen Einheiten, die explizit mit dem Anspruch konzipiert wurden, in Großmachtkonflikten mit Russland oder China die Oberhand erlangen zu können, drei Kurz- und Mittelstreckensysteme, die aktuell noch in der Entwicklung befinden, zuzuordnen (siehe dazu ausführlich IMI-Analyse 2021/46).

Die US-Armee hat mehrfach versichert, es sei keine Stationierung konventioneller (aber atomar bestückbarer) Raketen in Deutschland geplant, zuletzt bestätigte dies auch das Verteidigungsministerium auf Anfrage der Stadt Wiesbaden, die diese in einer Pressemitteilung am 27. Januar 2022 mitteilte. Das macht aber die Annahme umso plausibler, dass eine Dislozierung dieser Raketensysteme weiter im Osten möglichst nahe an den russischen Grenzen ins Auge gefasst wird. Es ist deshalb nachvollziehbar, wenn Russland über diese Entwicklung beunruhigt ist, zumal es sich bei einem der in Entwicklung befindlichen US-System („Dark Eagle“) um eine Hyperschallrakete handelt, die in extrem kurzer Zeit und damit fast ohne die Möglichkeit von Abwehrmaßnahmen Ziele in Russland treffen könnte. Aus diesem Grund kritisierte der russische stellvertretende Außenminister Sergei Ryabkow am 13. Dezember 2021, er sehe in der Re-Aktivierung des 56. Artillerieregimentes ein „indirektes Zeichen“ dafür, dass die NATO plane, neue Mittelstreckenraketen zu stationieren, was er als eine ernste Bedrohung wertete.

Aufrüstung der Ukraine

Die geopolitische Bedeutung der Ukraine als einer der Schlüsselstaaten in der Region steht außer Frage – und ebenso die Reichweite einer Entscheidung, ob sich das Land dem westlichen Block oder Russland zuwendet oder ob es einen neutralen Status bewahrt (siehe (siehe IMI-Studie 2015/6). Genau diese Frage war Auslöser der Eskalation im Jahr 2014, die ihren Anfang darin nahm, dass der damalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch sich entschied, die Unterzeichnung eines Assoziationsabkommens mit der EU auf Eis zu legen, mit dem sein Land nahezu irreversibel in den westlichen Block integriert worden wäre. Die unmittelbar darauf mit

massiver westlicher Unterstützung (und unter Ignorierung der regen Beteiligung faschistischer Kräfte) einsetzenden Maidan-Proteste führten dann zur unter Gewaltandrohung erfolgten Flucht des gewählten Präsidenten Janukowitsch. Russland reagierte hierauf mit der Aufnahme der Krim und der Unterstützung separatistischer Kräfte in der Ostukraine, was zu einem Bürgerkrieg führte, der mit dem Minsker Waffenstillstandsabkommen vom 12. Februar 2015 endete, das von der Ukraine, Russland, Frankreich und Deutschland unterzeichnet wurde und den Status quo erst einmal einfrore.

Bis heute liefert das Minsker Abkommen die Grundlage für den extrem brüchigen Waffenstillstand. In diesem Zusammenhang ist es entscheidend, dass zwar ausführlich über den erstmals im April 2021 begonnenen russischen Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze berichtet wurde, in den Medien aber kaum davon zu lesen war, dass dem ein folgenschweres Dekret vorangegangen war. Einzig der Berliner Zeitung war etwas über den Vorgang zu entnehmen, der vom früheren Handelsblatt-Journalisten Eric Bonse folgendermaßen zusammengefasst wurde: „Seit Mitte Februar gibt es wieder verstärkt Kämpfe zwischen pro-russischen Einheiten und der Regierungsarmee in der Ostukraine. Für besondere Aufmerksamkeit sorgt das Dekret Nr. 117 vom 24. März 2021, mit dem [der ukrainische Präsident] Selenskyj die Entscheidung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 11. März 2021 (Zur Strategie der Entbesetzung und Wiedereingliederung des vorübergehend besetzten Gebiets der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol) umsetzen will. In dem Dekret wird die Vorbereitung von Maßnahmen angekündigt, um ‚die vorübergehende Besetzung‘ der Krim und des Donbass zu beenden. Laut der staatlichen ukrainischen Nachrichtenagentur Ukrinform erhielt die Regierung den Auftrag, einen entsprechenden ‚Aktionsplan‘ zu entwickeln.“

Ohne es mit letzter Sicherheit wissen zu können macht es vor diesem Hintergrund einigen Sinn, den russischen Truppenaufmarsch als eine klare Drohung in Richtung der ukrainischen Regierung zu interpretieren, dass ein versuchter Angriff auf die von separatistischen Kräften gehaltenen Gebiete (oder gar die Krim) von Russland mit aller Härte beantwortet werden würde. Auch das muss man nicht schön finden, es ist aber etwas gänzlich anderes als die derzeit omnipräsente Behauptung, Russland plane einfach so in die Ukraine einzumarschieren. Ganz ähnlich sah dies wohl auch Marineinspekteur Kay-Achim Schönbach – auch wenn es ihm vor allem um die Sorge ging, Russland nicht zu weit in die Arme Chinas zu treiben. Der Militär sorgte mit folgenden, u.a bei [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) zitierten Äußerungen für Furore, für die er kurz darauf seinen Hut nehmen musste: „Die Halbinsel Krim ist weg, sie wird nicht zurückkommen.“ Den von westlichen Staaten befürchteten Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine bezeichnete er als ‚Nonsens‘. Was Russlands Präsident Wladimir Putin wirklich wolle, sei ‚Respekt auf Augenhöhe‘, sagte der Vizeadmiral. ‚Es ist leicht, ihm den Respekt zu geben, den er will – und den er wahrscheinlich auch verdient.“

Auf der anderen Seite des Atlantiks forderte zum Beispiel Samuel Charap von der dem US-Militär nahestehenden RAND Corporation bereits im November 2021 eine Kursänderung in der Ukrainepolitik: „Verschiedene US-Regierungen haben erpresserische Instrumente ausprobiert [...]. Gleichzeitig hat Washington Kiew wirtschaftlich, politisch und militärisch unterstützt [...]. Die Gefahr eines großen Krieges scheint groß genug, um eine neue US-Herangehensweise zu rechtfertigen. [...] Wo die USA einen entscheidenden Einfluss haben, ist auf die Ukraine – und dieser Einfluss wird im Großen und Ganzen nicht genutzt. Anstatt sich ausschließlich auf die Erpressung Russlands zu fokussieren, sollte die Biden-Regierung auch Kiew drängen Schritte in Richtung einer Implementierung des Minsker-Abkommens zu unternehmen, wozu die Ukraine bislang wenig Bereitschaft an den Tag gelegt hat.“

Aktuell handelt es sich bei derlei Stimmen aber noch um einsame Rufer und auch hier ist es verständlich, dass die weitere Aufrüstung der ukrainischen Armee in Russland nicht gerade Begeisterungstürme auslöst. Bereits ein kurzer Überblick bei [German-Foreign-Policy.com](https://www.german-foreign-policy.com) zeigt,

wieviel in dieser Hinsicht bereits unternommen wurde: „So haben die USA inzwischen Militärhilfe im Wert von mehr als 2,5 Milliarden US-Dollar geleistet, darunter die Lieferung Hunderter Panzerabwehrraketen des Typs Javelin. Polen und Tschechien haben Dutzende gebrauchte Schützenpanzer beschafft; die Türkei liefert Kiew ihre berüchtigten Drohnen des Typs Bayraktar TB2. Großbritannien wiederum hat begonnen, die Aufrüstung der ukrainischen Seestreitkräfte zu unterstützen; unter anderem will es die Ukraine beim Erwerb neuer Kriegsschiffe und beim Bau einer neuen Marinebasis unterstützen.“

Die neuerliche Eskalation diene der ukrainischen Regierung dazu, ihre Forderungen nach noch mehr Waffenlieferungen noch einmal deutlich lauter als bislang zu artikulieren. Großbritannien hat bereits mit der Lieferung von Panzerabwehrwaffen begonnen und am 20. Januar 2022 gab Washington den baltischen Ländern die Zustimmung, US-Waffen an die Ukraine weitergeben zu können. Auch die direkte Lieferung von weiteren US-Waffen im Wert von noch einmal 200 Millionen Dollar soll am selben Tag genehmigt worden sein.

Direkt wird auch Deutschland zu Waffenlieferungen aufgefordert, was hierzulande vor allem aus der CDU unterstützt wird, aber auch Teile der FDP können dem etwas abgewinnen: „Wir sollten über die Lieferung von Defensivwaffen an die Ukraine nachdenken“, äußerte sich etwa die FDP-Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Abseits der eher vernachlässigbaren Lieferung von 5.000 Schutzhelmen beharrt Kanzler Olaf Scholz aber bislang noch auf der ablehnenden Haltung der Bundesregierung: „Die deutsche Bundesregierung verfolgt seit vielen Jahren eine gleichgerichtete Strategie in dieser Frage. Und dazu gehört auch, dass wir keine letalen Waffen exportieren.“ Dennoch beharrt die Ukraine auf dieser Forderung und präzisierte laut Tagesspiegel auch, was es denn genau an „defensiven“ Waffen von Deutschland hätte: „‘Es geht in erster Linie um deutsche Kriegsschiffe, die zu den besten der Welt gehören, die wir für die robuste Verteidigung der langen Küste im Schwarzen und Asowschen Meer dringend brauchen‘, sagte Botschafter Andrij Melnyk der Deutschen Presse-Agentur.“

Doch nicht nur was Kriegsschiffe anbelangt ist klar, dass es so etwas wie defensive Waffen eigentlich überhaupt nicht gibt. Bereits letztes Jahr hatte Grünen-Chef Robert Habeck die Lieferung von „defensiven“ Waffen in die Ukraine gefordert. Im Zuge der damaligen Debatte stellte zum Beispiel Carlo Masala, Professor an der Bundeswehr-Universität in München, klar: „Die Unterscheidung zwischen Defensiv- und Offensivwaffen stammt aus früheren Jahrhunderten, wo sie noch Sinn ergeben hat. Mittlerweile lässt sich nahezu jede Waffe defensiv oder offensiv nutzen, das hängt immer von der Art und Weise der Operationsführung ab. [...] Die Gefahr ist eben, dass diese Waffen doch für offensive Operationen eingesetzt werden [...], was dann sicherlich eine massivere russische Antwort bedeuten würde [...] Der Krieg in der Ostukraine würde also nochmals eskalieren. Diese Gefahr ist durchaus existent.“ Auch in der aktuellen Debatte äußerte sich Masala ähnlich: „Es sind Waffen. Diese Defensiv/Offensiv Debatte dient nur der Beruhigung der deutschen pazifistischen Gemüter. Es sei denn wir reden über Helme und Nachtsichtgeräte. Die machen aber wenig Unterschied.“

EU zündelt ebenfalls mit

Am 24. Januar 2022 veröffentlichten die EU-AußenministerInnen eine Ukraine-Erklärung, die ebenfalls nichts zur Deeskalation beiträgt. Russland wurde darin scharf verurteilt, während gleichzeitig die Bedeutung der Minsker Vereinbarungen betont wurde, wo es doch nicht zuletzt die ukrainische Regierung ist, die an der Umsetzung des Waffenstillstandsabkommens keinerlei Interesse zu haben scheint. Forsch erklärte die EU-AußenministerInnen bei ihrem Treffen zudem an die Adresse von Russland gerichtet: „Vorstellungen von ‚Einflussphären‘ haben im 21. Jahrhundert keinen Platz mehr.“

An solchen Stellen fragt man sich immer, ob diejenigen, die solche Zeilen verfassen, es einfach

nicht besser wissen oder, was wahrscheinlich er ist, sich wirklich kaltschnäuzig die Wirklichkeit zurechtbiegen. Selbst ein Russland nicht sonderlich nahestehender Akteur wie der emeritierte Politikprofessor Christian Hacke, der auch Mitglied im Beirat des Verteidigungsministeriums ist, ist in der Lage, sich in die russische Sichtweise hineinzuversetzen: „Wir sprechen gerne im negativen Modus von Einflusssphärenpolitik der Russen. Umgekehrt ist natürlich auch die Forderung des Westens, nun die Ukraine zunehmend in den westlichen Orbit hinein zu ziehen – das kann man umschreiben als ‚Demokratiepolitik‘, wo ich ein Fragezeichen setze – aber es ist nichts anderes als westliche Interessenssphärenpolitik. Und das sieht Russland als Einkreisung.“

Trotzdem arbeitet die Europäischen Union weiter eifrig daran, die Ukraine in ihren Orbit zu ziehen. Hierfür schüttete sie bereits zwischen 2014 und 2020 Makrofinanzhilfen im Umfang von 5,61 Mrd. Euro und noch einmal 1,565 Mrd. EUR aus der Haushaltslinie „Nachbarschaft“ an die Ukraine aus. Am 24. Januar 2022 bewilligte die EU zusätzlich zu den im Haushalt 2021 bis 2027 eingestellten Geldern noch einmal eine Soforthilfe von 1,2 Mrd. Euro sowie Zuschüsse im Umfang von nochmal 120 Mio. Euro. Zumindest ein Teil dieser Gelder dient explizit dazu, das ukrainische Recht- und Wirtschaftssystem an die Bedürfnisse des EU-Binnenmarktes anzupassen (siehe IMI-Studie 2015/06). Inzwischen wurde aber auch die Lieferung von militärischem Gerät an die Ukraine bewilligt, wozu auch Deutschland die Zustimmung gegeben hat. So informierte der Rat der EU am 2. Dezember 2021 in einer Pressemitteilung über die Genehmigung nicht-letaler „Unterstützungsmaßnahmen“ für die Ukraine aus Mitteln der Europäischen Friedensfazilität: „Insbesondere werden militärmedizinische Einheiten, einschließlich Feldlazarette, sowie Einheiten in den Bereichen Technik, Mobilität und Logistik finanziert und es wird Unterstützung in Cyberfragen geleistet. Die Maßnahme beläuft sich auf 31 Millionen € über einen Zeitraum von 36 Monaten.“

Deutlich problematischer noch ist, dass sich außerdem seit Juni 2021 eine EU-Mission zur Ausbildung ukrainischen Militärs in der Anbahnung (EU Military Advisory and Training Mission, EUTM Ukraine) befindet, die laut dem EU-Außenbeauftragten Josep Borell bald gestartet werden soll. „Ein solcher Einsatz würde ein Ausdruck der Solidarität mit der Ukraine sein angesichts der fortlaufenden militärischen Aktivitäten der Russischen Föderation an den Grenzen zur Ukraine und in der illegal annektierten Krim“, heißt es zu dem geplanten Einsatz in einem Arbeitspapier des Europäischen Auswärtigen Dienstes.

Augenscheinlich soll dieser Einsatz die Heranführung der ukrainischen Armee an die NATO-Standards vorantreiben, woran der lettische Verteidigungsminister Artis Pabriks kürzlich keine Zweifel aufkommen ließ: „Wir wollen eine moderne Armee schaffen. In der Praxis würde dies bedeuten, Teams von Militärexperten zu entsenden, um die ukrainischen Streitkräfte und die *Kommandostruktur* auszubilden. Wir können allgemeine Beziehungen in der Armee trainieren, Taktik (strategisch, Manöver...), alles, was wir lehren können... Vor etwa 30 Jahren, bevor wir der NATO beitraten, hatten wir in Lettland NATO-Standards übernommen. Die Ukraine muss bereit sein. [...] Die Ukraine ist grundsätzlich ein verbündetes Land, und die Europäische Union muss ihr beim Aufbau einer modernen Armee nach NATO-Standards helfen. Das ist also tatsächlich das Ziel: der NATO-Standard. Weil es alle Arten von Wertesystemen, Zusammenarbeit und in politischer Hinsicht beinhaltet, erlaubt es uns auch, uns als Einfluss im Land zu positionieren.“

Russische Vorschläge zur Deeskalation

Russland wiederum reagiert auf alle diese Entwicklungen auf der einen Seite indem es in Form des stellvertretenden Außenministers Sergej Rjabkow betont, man habe „keine Intentionen, die Ukraine anzugreifen“, was außerhalb einer ukrainischen Offensive wohl auch zutreffen dürfte. Auf der anderen Seite warnt Russland aber auch scharf, es werde nicht ohne Folgen bleiben, sollten seine Sicherheitsbedenken vom Westen nicht adressiert werden. Eine wichtige Rolle spielen dabei augenscheinlich auch die an Zahl immer weiter zunehmenden westlichen

Manöver – allein Für 2021 waren ursprünglich über 300 Übungen (95 der NATO und 220 der Einzelstaaten) vorgesehen, pandemiebedingt mussten allerdings einige davon abgesagt werden. Immer wieder kommt es dabei zu gefährlichen Beinahe-Zusammenstößen zwischen russischen und westlichen Einheiten. Dennoch nehmen die Manöver nicht nur an Zahl, sondern auch an Umfang zu: „Cold Response 2022“ zum Beispiel soll im März und April mit knapp 40.000 SoldatInnen in Norwegen abgehalten werden. Kurz darauf geht es unter anderem mit dem Manöver „Defender Europe 2022“ weiter, über das German-Foreign-Policy.com schreibt: „Laut Angaben der NATO wird Defender Europe 22 am 8. Mai beginnen und am 16. Juni zu Ende gehen. Schwerpunktländer sind demnach, wie schon 2020, Polen und die baltischen Staaten. Das Pentagon kündigt die Teilnahme von 33.000 Soldaten aus 26 Staaten an [...]. Kern ist wie in den Vorjahren die schnelle Verlegung von US-Truppen über den Atlantik und ihr weiterer Vormarsch in Richtung russische Grenze; dabei sollen die beteiligten Truppen auch zeigen, dass sie in der Lage sind, schnell zu Kampfhandlungen überzugehen.“

Die gesammelten Bedenken wurden in Form russischer Vorschläge bzw. Forderungen Mitte Dezember 2021 formuliert und u.a. in einer Erklärung des russischen Außenministeriums zusammengefasst. Darin ist zu lesen: „Es wurde der Weg gewählt, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, was mit der Stationierung von Raketen mit minimaler Flugzeit nach Zentralrussland und anderen destabilisierenden Waffen verbunden ist. [...] Anstatt ihre ukrainischen Schützlinge zu zügeln, treiben die NATO-Staaten Kiew zu aggressiven Schritten an. Die zunehmende Zahl ungeplanter Übungen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten im Schwarzen Meer kann nicht anders interpretiert werden. Die Flugzeuge der NATO-Mitglieder, darunter auch strategische Bomber, führen regelmäßig provokative Flüge und gefährliche Manöver in unmittelbarer Nähe der russischen Grenzen durch. [...] In diesem Zusammenhang bestehen wir, wie Präsident Wladimir Putin betonte, darauf, dass ernsthafte langfristige rechtliche Garantien gegeben werden, die ein weiteres Vordringen der NATO nach Osten und die Stationierung von Waffen an den westlichen Grenzen Russlands, die eine Bedrohung für Russland darstellen, ausschließen würden. [...] Wir fordern Washington auf, sich dem einseitigen Moratorium Russlands für die Stationierung von Boden-Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa anzuschließen“.

Gleichzeitig schlug Russland einen Sicherheitsvertrag vor, mit dem diese Sicherheitsbedenken rechtlich bindend adressiert würden. In der erst am 26 Januar sowohl von den USA als auch der NATO überreichten schriftlichen Antwort auf die Initiative wurde den russischen Forderungen wie zu erwarten war, eine Absage erteilt, allerdings gleichzeitig Gesprächsbereitschaft signalisiert. Deutlich ergiebiger war da doch das Treffen im „Normandie-Format“, das nach längerer Sendepause am 26. Januar 2022 stattfand. Positiv ist allein schon, dass sich die VertreterInnen Russlands, der Ukraine, Deutschlands und Frankreichs dort nach achtstündigen Verhandlungen auf eine gemeinsame Erklärung einigen konnten, die – sofern es sich nicht nur um Lippenbekenntnisse handelt – durchaus einen Beitrag zu Deeskalation leisten kann: „Die Berater der Staats- und Regierungschefs des Normandie-Formats [...] bekräftigen, dass die Minsker Vereinbarungen die Grundlage für die Arbeit des Normandie-Formats bilden, und bleiben engagiert, um die derzeitigen Meinungsverschiedenheiten in der künftigen Arbeit abzuschwächen. Sie unterstützen die bedingungslose Einhaltung des Waffenstillstands und die volle Unterstützung der Maßnahmen zur Stärkung der Stärkung des Waffenstillstands vom 22. Juli 2020, ungeachtet der Differenzen in anderen Fragen.“

Außerdem erklärten die vier Länder dort die Bereitschaft, weiter zu verhandeln und in zwei Wochen erneut zusammenzukommen – nicht sonderlich hilfreich ist es da, wenn unterdessen parallel dazu unablässig mit einer weiteren NATO-Aufrüstung gedroht wird.

NATO: Aufmarsch an der (Süd)Ostflanke?

Einige wenige bisherige VerfechterInnen eines harten NATO-Kurses gegenüber Russland sind

wohl inzwischen selber erschreckt über die Brisanz, die die Lage mittlerweile angenommen hat. So initiierten 27 teils recht prominente SicherheitsexpertInnen, von denen eine ganze Reihe nicht im Verdacht steht, besonders russlandfreundlich zu sein, Anfang Dezember 2021 den Aufruf „Raus aus der Eskalationsspirale! Für einen Neuanfang im Verhältnis zu Russland“: „Ziel muss es sein, Russland und auch die NATO wieder aus einem konfrontativen Kurs herauszuführen. [...] Die NATO sollte aktiv auf Russland zugehen und auf eine Deeskalation der Situation hinwirken.“

Mehrheitlich stieß dieser Deeskalationsversuch aber leider auf taube Ohren. Im Gegenteil, wie bereits angedeutet, wird derzeit eifrig über nochmalige Truppenstationierungen diskutiert. Und das, obwohl bereits die 2014 beschlossene „Enhanced Forward Presence“, die Stationierung von vier NATO-Bataillonen à je 1.000 SoldatInnen in den drei baltischen Staaten und Polen, einen Bruch der NATO-Russland-Akte aus dem Jahr 1997 darstellte (zusätzlich haben die USA bilateral noch mindestens 4.000 SoldatInnen Polen stationiert). Diese völkerrechtliche Absichtserklärung wurde damals vereinbart, um russische Bedenken gegenüber der sich anbahnenden ersten NATO-Osterweiterung abzumildern, wozu insbesondere folgende Stelle dienen sollte: „Die NATO wiederholt, dass das Bündnis in dem gegenwärtigen und vorhersehbaren Sicherheitsumfeld seine kollektive Verteidigung und andere Aufgaben eher dadurch wahrnimmt, dass es die erforderliche Interoperabilität, Integration und Fähigkeit zur Verstärkung gewährleistet, als dass es zusätzlich substantielle Kampftruppen dauerhaft stationiert.“

Im Prinzip war die NATO-Russland-Akte mit den NATO-Bataillonen in Osteuropa bereits 2014 hinfällig, nun wird aber intensiv darüber diskutiert, diese Präsenz noch einmal auszubauen, wie Ende letzten Jahres gemeldet wurde: „Nach SPIEGEL-Informationen schlug US-General Tod D. Wolters, der Supreme Allied Commander für Europa (kurz: Saceur), kürzlich in einer geheimen Videoschleife mit den Militärschefs der Partnernationen vor, ähnlich wie im Baltikum und Polen auch in Rumänien und Bulgarien die Nato-Präsenz über die Mission ‚Enhanced Forward Presence‘ (EFP) zu erweitern. Der Vorschlag des Generals ist recht konkret. Demnach solle die Nato wie im Baltikum auch in Bulgarien und Rumänien eigene EFP-Kontingente von gut 1500 Personen aufbauen.“

Darüber hinaus scheint auch eine Aufstockung der bisherigen Enhanced Forward Presence ins Auge gefasst zu werden. Dies gelte laut Spiegel Online auch für Deutschland, das über eine Erhöhung seiner Präsenz in Litauen nachdenke, wo das dortige NATO-Bataillon unter Kommando der Bundeswehr steht. Reuters zitierte in diesem Zusammenhang einen nichtgenannten NATO-Diplomaten, demzufolge die Frage einer Aufstockung der Truppenpräsenz beim Treffen der NATO-VerteidigungsministerInnen Mitte Februar 2022 auf die Tagesordnung kommen könnte. Schon am 21. Januar 2022 war gemeldet worden, zumindest in der britischen Regierung seien derlei Überlegungen bereits weit fortgeschritten: „Die britische Regierung erwägt offenbar, Hunderte weitere Soldaten in die baltischen Staaten und nach Polen zu entsenden. Damit solle die Abschreckung gegenüber Russland erhöht werden, berichtete die ‚Times‘ unter Berufung auf eine Quelle im Verteidigungsministerium in London.“ Wenig später hieß es dann, das 900 SoldatInnen starke britische Kontingent in Estland solle verdoppelt werden (unklar ist, ob dies auch für die mehr als 100 SoldatInnen in der Ukraine und die 150 in Polen gilt).

Die USA wiederum kündigten ebenfalls schon frühzeitig weitere Truppenverlegungen nach an. Anfang Februar 2022 wurden dann weitere Details bekannt, bei tageschau.de war zu lesen: „Konkret werden die USA in den nächsten Tagen 1000 Soldatinnen und Soldaten von Deutschland nach Rumänien verlegen. Dort stehen sie, wie auch die 900, die schon dort sind, unter amerikanischem Befehl. [...] Hinzu kommen 2000 Einsatzkräfte der 82. Luftlande-Division, die aus Fort Bragg in North Carolina nach Deutschland und Polen verlegt werden.“

Auch darüber hinaus wurde schon am 24. Januar 2022 berichtet, zahlreiche EU-Staaten hätten Truppenverlegungen angeboten: „Demnach hat eine Reihe von Mitgliedern der aus 30 Ländern bestehenden Organisation Truppen und Ausrüstung angeboten. Dänemark schickt eine Fregatte in die Ostsee und stationiert F-16-Kampfflugzeuge nach Litauen. Spanien entsendet Schiffe, um sich den ständigen Seestreitkräften der NATO anzuschließen und erwägt die Entsendung von Kampfflugzeugen nach Bulgarien. Frankreich sei bereit, Truppen nach Bulgarien zu schicken, teilte die NATO mit.“

Die NATO und Russland sind endgültig an einem Punkt angelangt, an dem es so nicht mehr weitergehen kann, das gegenseitige hochschaukeln ist brandgefährlich und muss endlich ein Ende haben. Eine wichtige Voraussetzung hierfür wäre aber ein Eingeständnis der NATO-Staaten, dass sie die Hauptschuld an der brisanten Lage tragen oder dass sie wenigstens einsehen, dass es nachvollziehbare Gründe gibt, weshalb sich Russland bedroht fühlt. Der bereits zitierte Journalist Andreas Zumach schreibt dazu richtigerweise: „[D]ie westlichen Staaten [machen sich] sehr unglaubwürdig, wenn sie zwar Russlands Bestrebungen zur Ausweitung seiner Einflussphären kritisieren, aber die mit der NATO-Osterweiterung vollzogene Ausweitung ihrer eigenen Einflussphären unterschlagen oder schönreden [...]. Nur wenn die westlichen Staaten diese Haltung aufgeben, ihre Mitverantwortung für die Verschlechterung der Beziehungen zu Russland anerkennen und daraus auch praktische politische Konsequenzen für die künftige Gestaltung dieser Beziehungen ziehen, besteht eine Chance, für deren dauerhafte Verbesserung und damit für Stabilität und Kooperation auf dem gemeinsamen eurasischen Kontinent.“

Bei diesem Text handelt es sich um eine erweiterte und aktualisierte Variante eines Artikels, der zuerst unter demselben Titel bei Telepolis erschien.

Quelle: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - www.imi-online.de